

Den Wandel messen: Politische Gestaltungskraft im Vergleich

Der Bertelsmann Transformation Index 2006

Wo liegen die Schlüsselemente bei der Steuerung des Wandels zu Demokratie und Marktwirtschaft? Wie können Entwicklungs- und Transformationsstaaten besser unterstützt werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Bertelsmann Transformation Index (BTI) 2006. Reinhard Mohn hatte vor fast zehn Jahren als Vorsitzender der Bertelsmann Stiftung den Anstoß gegeben und erste Fragestellungen entwickelt. In langjähriger Arbeit wurde der Index dann methodisch und im sachlichen Detail von einem Team aus Mitarbeitern des C•A•P, der Bertelsmann Stiftung und ei-



119 umfassende Ländergutachten und über 6900 Einzelbewertungen sind die Datengrundlage für den Bertelsmann Transformation Index für 119 Transformationsländer. Er erlaubt eine umfassende Analyse der politischen Gestaltungsleistung.

nem hochkarätigen Beirat erstellt. Die Untersuchung belegt, dass Entwicklungsfortschritte nicht nur glücklichen Umständen oder ausländischer Hilfe zu verdanken sind, sondern vor allem auf der Reformfähigkeit der politischen Akteure basieren.

Der BTI ist der erste international vergleichende Index, der mit selbst erhobenen Daten eine fundierte und umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsländern bietet. Der Index basiert auf 119 umfassenden Länderexpertisen mit insgesamt 6902 Einzelbewertungen, die zu zwei Rankings verdichtet wurden: Der Status-Index analysiert, inwieweit die Standards einer rechtsstaatlichen Demokratie sowie einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft erfüllt sind. Ein ganz neues Instrument der Politikanalyse und -beratung ist der Management-Index. Dieser überprüft die Qualität und die Leistungen der politisch Verantwortlichen bei der Nutzung von Entwicklungspotenzialen.

C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld betonte bei der Präsentation der Ergebnisse in Berlin, dass der BTI als Instrument die strategischere Ausrich-

I N H A L T

C•A•Prolog

Erfolgsgeschichte: 10 Jahre
 Politikforschung 2

C•A•Programm

Expertise: Wie die Reform-
 politik weitergehen muss 4
 Begegnung mit Zeitzeugen 5
 Die Chancen der EU-
 Mitgliedschaftskandidaten in der
 Analyse 6/7
 Kommentar: Die EU in der
 Legitimationskrise 8
 Sommerakademie:
 Führungselite geht in
 Klausur 9
 Kooperation: Intensive
 Kontakte in die Golfregion 10
 Junge Zukunftsvisionen für
 das Europa von Morgen 11

C•A•Personalien

Gäste und Gespräche
 am C•A•P 12/13

C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C•A•Postskriptum

Nach der Bundestagswahl:
 Die Große Koalition muss
 Vertrauen erzeugen 16

C•A•Planung 16

Zehn Jahre Politikforschung in München: Eine Erfolgsbilanz

Erneut haben Macher in Politik, Wirtschaft und Kultur ein hervorragendes Instrument in der Hand, um Transformationsleistungen von einzelnen Staaten und politischen Akteuren hin zu Demokratie und Marktwirtschaft exakt zu messen: den Bertelsmann Transformation Index. Der Index verdeutlicht nicht nur, dass politische Steuerungsleistungen weltweit zuverlässig abgebildet werden können; er zeigt auch die gesellschaftliche Relevanz guter Politikforschung auf. Damit setzt das C•A•P im nunmehr zehnten Jahr seines Bestehens an der Ludwig-Maximilians-Universität München erneut Akzente. Die Anfänge reichen bis in das Jahr 1976 an die Universität Mainz zurück. Daraus entwickelte sich eine starke Position in der deutschen und internationalen Beratungslandschaft: Das Centrum erschloss für sich über 40 Partner, auch über langfristige Beratungszeiten. Allein in den vergangenen zehn Jahren war das C•A•P in der deutschen und internationalen Presselandschaft mit rund 1.500 Zeitungsartikeln präsent, Fernsehen und Rundfunk fragten die Expertise der C•A•P-Wissenschaftler in etwa gleichem Maße nach.

Das „Jahrbuch zur Europäischen Integration“ ist heuer zum 25. Mal erschienen. Das „Taschenbuch Europa von A bis Z“ kam kürzlich in der neunten Auflage, das „Europa-Handbuch“ in der dritten Auflage aktualisiert heraus. Diese Flugschiffe der Europaarbeit des C•A•P wurden in den vergangenen zehn Jahren durch zahlreiche Einzelstudien der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und der Forschungsgruppe Europa ergänzt. So betrieb das Centrum etwa ein kontinuierliches Monitoring der Vertragentwicklung in Europa. Nach den Analysen der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza sowie der europäischen Verfassung mündete dies jüngst in der Empfehlung für einen neuen Regierungskontrakt im Sinne der gescheiterten Verfassung. Was bei allen Analysen zählt: Sie entfalten nicht nur Problemaufrisse, sondern entwickeln immer ein Set von praktischen Optionen für operative Politik und gesellschaftliche Gestaltung.

Auch die anderen Forschungsgruppen des Centrum sind sehr präsent. Die Teile des Hauses, die in der Bildungsarbeit tätig sind, konzipierten ein gutes Dutzend Planspiele und organisierten über 15 Jugendparlamente und Jugendgipfel. Schließlich rundete die Ausbildung von etwa 150 Juniorteamern sowie die Entwicklung von Gemeinsinnwerkstätten und Toleranzseminaren die Aktivitäten der Forschungsgruppe Jugend und Europa sowie der Akademie Führung & Kompetenz ab, die auch für die Bundesregierung tätig sind.

Die Forschungsgruppe Deutschland wandte sich der Innen- und Außenpolitik des Landes zu. Früher intensiv mit der Deutschen Frage und den Folgen der Wiedervereinigung betraut, wuchs das Interesse an den Aspekten modernen Regierens. Diese Arbeit ging in Forschungs- und Beratungstätigkeiten ein, etwa für die Bundeszentrale für politische Bildung oder die Volkswagen-Stiftung. Aspekte modernen Regierens in Zeiten der Globalisierung schloss schließlich die Forschungsgruppe Zukunftsfragen mit ein, die sich den Herausforderungen des Wandels mit Workshops und Publikationen erfolgreich zu stellen wusste. Zu all dem finden Sie wie gewohnt in C•A•Panorama aktuelle Informationen.

Das C•A•Panorama erreicht Sie nicht nur in einer Jubiläumszeit, sondern auch zu besinnlichen Tagen. Uns allen wünsche ich frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C•A•P

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

tung von Entwicklungspolitik, wie sie etwa von der Bundesregierung bereits begonnen wurde, durch Daten und Analysen unterstützt. „Im BTI erhalten Sie auf einen Blick eine Einschätzung, ob eine Regierung polarisiert, Ressourcen vergeudet und sich unkooperativ zeigt, oder ob sie durch gute politische Gestaltungsfähigkeit einen verlässlichen Partner darstellt.“ Die Ergebnisse des Index verdeutlichen, dass in den letzten beiden Jahren Demokratie und Marktwirtschaft ihre Anziehungskraft als Leitbilder gesellschaftlichen Wandels bestätigen konnten. Mittlerweile werden 62 Prozent der Weltbevölkerung demokratisch regiert. Zwar vollziehen sich die Fortschritte deutlich langsamer als noch in den 90er Jahren. Spektakuläre Ereignisse wie in Georgien und in der Ukraine bleiben die Ausnahme. Jedoch konnten in fast allen Regionen die bisherigen Errungenschaften bewahrt und teilweise neue Transformationsimpulse gesetzt werden.

Im Hinblick auf ihr Transformationsmanagement bewertet der BTI neun Staaten als erfolgreich, 30 weitere als „erfolgreich mit Schwächen“. Mauritius erreicht im weltweiten Vergleich die besten Bewertungen. Spitzenplätze in diesem Länder-Ranking belegen auch Chile, Botswana, Slowenien und Taiwan. In Afrika widerlegen auch Südafrika und Ghana durch gute politische Steuerungsleistungen die alte These vom „verlorenen Kontinent“. Die zahlreichen positiven Fälle im BTI zeigen übereinstimmend die Bedeutung einer konsistenten Reformpolitik. Weltweit ist neben einer grundsätzlichen Reformbereitschaft gutes Transformationsmanagement eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Insgesamt 18 Länder konnten ihr Demokratieniveau signifikant erhöhen. Zu ihnen zählten insbesondere die Türkei, die Slowakei, Kroatien und Sierra Leone. In 27 autoritären Regimen - unter ihnen China, Vietnam, Ägypten, Iran, Libyen, Sudan und Kuba - gibt es derzeit keinerlei Anzeichen für eine politische Liberalisierung. Die politischen Eliten in Venezuela und Nepal haben dagegen mit schlechtem politischem Management weitere Rückschritte ausgelöst, was die Rückkehr zu einem soliden Transformationskurs erschweren wird. Deutlich verschlechtert hat sich Russland; aufgrund staatlicher Kontrolle verkümmert hier die Medien- und Meinungsvielfalt. Zudem wurden dort eklatante Mängel im Bereich Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Legitimität und Funktionstüchtigkeit der demokratischen Institutionen festgestellt. Schlusslichter des Management-Index sind jene Länder, in denen derzeit aufgrund von Bürgerkrieg oder Staatszerfall keine Transformation stattfindet (Somalia, DR Kongo), sowie Staaten, deren politische Eliten den Wandel zu Demokratie und Marktwirtschaft gar nicht anstreben (Weißrussland, Kuba, Nordkorea, Simbabwe und Turkmenistan).

Der Bertelsmann Transformation Index verfolgt das Ziel, Entwicklungs- und Transformationsprozesse im Detail zu analysieren und Orientierung zum Stand der „guten“ Regierungsführung (good governance) zu geben. Sämtliche Daten und Analysen des BTI sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Nützlich sind die Ergebnisse vor allem für politische Entscheidungsträger sowie für Geberländer und Entwicklungsorganisationen. Um weltweit sozialen Frieden, Gerechtigkeit, politische Stabilität und die Achtung der Menschenrechte zu fördern, sollte sich die internationale Entwicklungszusammenarbeit stärker als bisher an den Maßstäben guten Regierungshandelns sowie tatsächlicher Reformbereitschaft orientieren. Hier bieten sich Ansatzpunkte für eine offensive und nachhaltige Außenunterstützung, die nicht Symptome kuriert, sondern auf Eigenverantwortung und Steuerungsleistung von kompetenten Partnern setzt.

Weitere Informationen unter www.cap-lmu.de sowie www.bertelsmann-transformation-index.de.



Gesprächsthema BTI: Prof. Werner Weidenfeld diskutierte mit dem ehemaligen Premierminister Sudans, Sadiq Al-Mahdi, und der ehemaligen kanadischen Premierministerin Kim Campell die Ergebnisse.



Die Vorstellung des BTI 2006 in Berlin: Kim Campell, Prof. Uwe Wagschal, Prof. Werner Weidenfeld, Prof. Rolf Langhammer und Prof. Hans-Jürgen Puhle.



**BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.):
Bertelsmann Transformation
Index 2006.**

Gütersloh 2005, ISBN 3-89204-855-x, 264 Seiten, 38 Euro

Die Zukunft der Reformpolitik

Die Reformdebatte in Deutschland ist in eine neue Runde eingetreten. Die Regierungsbildung ist abgeschlossen, die Politik wird sich nun dem Handlungsbedarf stellen müssen. Zu den dringendsten Problemen und damit zu den zentralen anstehenden Aufgaben zählt die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Dr. Manuela Glaab, Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P, und Werner Sesselmeier, Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia), Darmstadt, haben dazu eine Expertise vorgelegt, die politikwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Aspekte miteinander verbindet. Die Autoren gehen folgenden Leitfragen nach: Was sind die Gründe für den Reformbedarf und wie sehen die Reformvorschläge aus? Welches sind im internationalen Vergleich die spezifisch deutschen Gründe für Reformblockaden? Wie kann Reformfähigkeit (wieder)hergestellt werden?



Wohin geht der Weg bei der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme? Die Politik muss eine umfassende Lösung finden.

Foto: Europäische Kommission

Die Analyse erfasst nicht nur den vorhandenen Reformbedarf auf dem Gebiet der Sozialpolitik, sie verdeutlicht auch, dass Politik Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen unternehmen muss, um die Reformfähigkeit zu erhöhen.

Auf der Policy-Ebene geht es darum, von Referenzmodellen erfolgreicher Sozialreformen zu lernen. Reformen müssen aber auch am bestehenden Institutionengefüge ansetzen, das den als notwendig erachteten Strukturwandel bislang behindert. Schließlich stellt sich Reformfähigkeit als Herausforderung an die Politikvermittlung dar. Eine konsequente Reformkommunikation, die auf eine Überwindung der Vertrauenserosion in die Problemlösungsfähigkeit der Politik abzielt, sollte als Lernprozess angelegt sein und realistische Reformziele aufzeigen. Ohne Veränderungen im institutionellen Gefüge bleibt auf absehbare Zeit aber nur der Weg des kräfteverschleißenden „Muddling Through“.

Vertrag zum Vertrag von Nizza

Unter politischen Entscheidungsträgern und EU-Experten herrscht Einigkeit darüber, dass der Vertrag von Nizza kein geeigneter rechtlicher Rahmen ist, um die EU der 25 und bald mehr Mitgliedstaaten auf künftige Herausforderungen vorzubereiten. Nach den gescheiterten Referenden steckt die EU in einer Verfassungskrise. Gefragt sind Alternativen für den Fall, dass die EU-Verfassung nicht in Kraft treten kann. Eine pragmatische Option bestünde darin, den Kernbestand der Verfassungsneuerungen in die bestehenden Verträge zu übertragen. Hierzu müssten die zentralen Reformen der Verfassung identifiziert und in einem Änderungsvertrag zum Vertrag von Nizza gebündelt werden.



Ratlosigkeit herrschte nach den gescheiterten Ratifizierungsreferenden. Gute Ideen werden dringend gesucht. Ein „Vertrag zum Vertrag von Nizza“, wie ihn die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik erarbeitete, könnte hilfreich sein.

Foto: Europäische Kommission

Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik hat folgende Kernbereiche der Verfassung als Elemente für einen solchen „Vertrag zum Vertrag von Nizza“ erarbeitet: die Reform des institutionellen Systems der EU, die Weiterentwicklung der Entscheidungs- und Abstimmungsverfahren, die Reform und Ergänzung der Instrumente differenzierter Integration sowie eine Reihe struktureller Bestimmungen. Diese Alternative zur EU-Verfassung würde die Handlungsfähigkeit der EU sichern und Demokratie und Transparenz auf europäischer Ebene stärken. Allerdings gingen viele positive Aspekte der Verfassung verloren – allen voran der Vorzug eines einzigen strukturierten Gesamttextes. Mehr Informationen unter www.cap-lmu.de/publikationen/2005/vertrag.php.

Begegnung mit Zeitzeugen

Anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes boomte in diesem Jahr die Erinnerungskultur: Allerorts fanden Gedenkveranstaltungen statt, die Medien überschlugen sich mit Reportagen zu den unterschiedlichsten Aspekten des Unrechts und des grausamen Leids der nationalsozialistischen Herrschaft. Bei diesem öffentlichen Mahnen, Erinnern und Gedenken saßen die Opfer des NS-Regimes als so genannte Zeitzeugen in der ersten Reihe. Den meisten Jugendlichen hingegen ist heute kaum bewusst, dass die Zwangsarbeit ausländischer Männer und Frauen im nationalsozialistischen Deutschland ein Massenphänomen war, wobei davon auszugehen ist, dass weit mehr als zwölf Millionen Menschen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu schwerer Arbeit gezwungen wurden. Das jahrelange, qualvolle Dasein hatte entscheidend auf ihren Lebensweg eingewirkt. Manche von ihnen können und wollen bis heute nicht mehr darüber sprechen.

Vor diesem Hintergrund erhielt die Forschungsgruppe Jugend und Europa von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ den Auftrag, das dort initiierte Förderprogramm „Begegnung mit Zeitzeugen – Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter“ umfassend zu evaluieren. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der Wirkung, der Nachhaltigkeit sowie der emotionalen wie auch pädagogischen Qualität solcher Zeitzeugenbegegnungen mit Jugendlichen. Die 1000 Jugendlichen, deren Aussagen in der Evaluation ausgewertet wurden, hoben im Ergebnis deutlich positiv hervor, dass Programme dieser Art eine gute Möglichkeit bieten, mit den Einzelschicksalen ehemaliger Zwangsarbeiter direkt in Berührung zu kommen. Sie verstehen die Begegnungsprojekte als ein konstruktives Angebot, sich mit individuellen Gefühlen, Ängsten, wie auch den unterschiedlichsten Lebenswegen der Überlebenden des Nationalsozialismus zu beschäftigen.

Für die ehemaligen Zwangsarbeiter ist es wiederum häufig wichtig, an den früheren Ort ihres Leidens zurückzukehren. Sie möchten einerseits am Ende des Lebens mit dem erlebten Unrecht möglichst abschließen, aber andererseits auch die schmerzvolle Erfahrung als Aufforderung für verantwortungsbewusstes Handeln für die Zukunft an die junge Generation weitergeben. In dieser Hinsicht erfüllen die Begegnungen eine eindeutige emotionale Entschädigungsfunktion. Mit ihren persönlich erinnerten Lebensgeschichten können sie bei Jugendlichen in erster Linie den emotionalen Bereich des Lernens ansprechen und entscheidend Empathie fördern. Im Hinblick auf eine gelungene Demokratie- und Toleranzerziehung von jungen Menschen ist dies eine der notwendigen Bedingungen. In diesem Zusammenhang ist das Zusammentreffen mit Zeitzeugen, die aus der Perspektive ihres Einzelschicksals sprechen können, ungeheuer wichtig, um gerade bei Jugendlichen die Aufmerksamkeit für das Leid und die Themen des Nationalsozialismus, die aus ihrer Sicht weit in der Vergangenheit liegen, wach zu halten. Während der Interviews, die im Rahmen der Evaluation geführt wurden, kamen alle befragten Jugendlichen genau auf diesen Punkt zu sprechen: Die erhöhte geschichtliche Sensibilität und ein tieferes historisches Bewusstsein, das bei ihnen durch die Begegnung mit ehemaligen Zwangsarbeitern angestoßen wurde. Die Evaluation des Förderprogramms „Begegnung mit Zeitzeugen – Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter“ konnte zeigen, dass dieses Element eine maßgebliche Tiefenwirkung auf die Erinnerungskultur von jungen Menschen hat, die mit offiziellen Gedenkveranstaltungen kaum etwas anfangen können.



Jugendliche werden von der Forschungsgruppe Jugend und Europa in der Peer-Group Methode ausgebildet.



EVA FELDMANN-WOJTACHNIA, OLIVER HOFMANN:

Erinnern, begegnen, Zukunft gestalten.

München 2005, ISBN 3-933456-36-3, 135 Seiten, 14,80 Euro

Der westliche Balkan: EU-Beitritt 2014

von Martin Brusis

Am 4. Oktober 2005 eröffnete die EU Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, nachdem das Haager Kriegsverbrechertribunal seine Kritik an der Kooperationsbereitschaft Kroatiens revidiert hatte. Zwar wurde der kroatische General Ante Gotovina noch nicht gefasst, aber es wurde darauf verzichtet, die Ergreifung und Auslieferung Gotovinas wie bisher zur Vorbedingung zu machen. Dies geschah im Kontext des EU-internen Tauziehens um die Beitrittsperspektive der Türkei: Österreich, das als Anwalt Kroatiens agierte, gab seinen Widerstand gegen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf. Parallel zu den Gesprächen mit Kroatien begann die EU, mit Serbien und Montenegro ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zu verhandeln. Hier überwog offenbar das Interesse, die Reformen der serbischen Regierung anzuerkennen und die Beitrittsperspektive zu revitalisieren – obwohl auch Serbien seine angeklagten Kriegsverbrecher nicht ausgeliefert hatte. Gegenüber Bosnien und Herzegowina beschloss die EU, SAA-Verhandlungen zu beginnen, nachdem die Vertreter der serbischen Volksgruppe in Bosnien ihren Widerstand gegen die Polizei-Organisationsreform aufgeben hatten.



Sie wollen ihr Land in die EU bringen:
Kroatiens Außenministerin Kolinda
Grabar Kitarovic und Chefunterhändler
Vladimir Drobnyak.

Foto: Rat der Europäischen Union

Die Dramaturgie dieser Verhandlungsprozesse ist hochgradig abhängig von Anlässen und Gelegenheiten. Sie illustriert, wie jeder einzelne Schritt auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft aus situativen Kräftekonstellationen und der Logik von sticks and carrots folgt. Auch wenn oder vielleicht gerade weil diese kleinteilige Konditionalitätsdiplomatie bisher recht erfolgreich war, lässt sie tendenziell zwei Rahmenbedingungen außer Acht, die keineswegs dauerhaft vorausgesetzt werden können. Zum einen basiert sie darauf, dass die Bevölkerungsmehrheit und Öffentlichkeit in den westlichen Balkanländern weiterhin ihre Zukunft innerhalb der Europäischen Union sehen und proeuropäische Kräfte unterstützen. Zum anderen nimmt sie an, dass alle EU-Mitgliedstaaten die 2003 in Thessaloniki bekräftigte Beitrittsperspektive ernst meinen und auch nach den gescheiterten Verfassungsreferenden weiter mittragen. Wenn sich innerhalb der EU eine Interessenkoalition für eine Assoziierung statt Beitritt bildet oder wenn lokale populistische Akteure euroskeptische Ressentiments artikulieren, kann diese Beitrittspolitik der kleinen Schritte und großen fernen Belohnung scheitern. Um dies zu vermeiden, sollte dieser Erweiterungsprozess stärker strategisch angelegt werden. Er sollte in transparente Stufen gegliedert werden, die durch klare Bedingungen zu definieren und auf den Legitimationsbedarf sowie die Handlungshorizonte proeuropäischer Eliten in den Balkanstaaten abzustimmen sind.

Die EU sollte Albanien, Bosnien, Mazedonien, Serbien und Montenegro sowie Kosovo einen EU-Beitritt für das Jahr 2014 in Aussicht stellen. Dieser Zieltermin würde die Glaubwürdigkeit der Beitrittsperspektive untermauern und Politikern wie Bürgern einen klaren, überschaubaren Zeithorizont für die eigenen Reformanstrengungen bieten. Ausgehend vom angestrebten Beitrittszeitpunkt sollten kurz- und mittelfristige Wegmarken für die Beitrittsvorbereitungen vereinbart werden. Ein zielorientierter Dialog, der über offizielle Regierungsvertreter hinausgeht, stützt die beitriffsnotwendigen innerstaatlichen Reformen besser ab und verringert die Unsicherheit, die im heutigen Politikansatz der EU dadurch angelegt ist, dass eine vage Beitrittsperspektive lose an die Erfüllung zahlreicher, vorgegebener und potentiell vermehrbare Bedingungen geknüpft wird.

Der Autor ist Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik.

Türkei: komplizierte Verhandlungen

von Janis Emmanouilidis

Nach zähem Ringen wurden die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 feierlich eröffnet. Dies war eine logische Konsequenz der letzten Jahrzehnte. Die EG/EU hatte Ankara seit den sechziger Jahren die Zugehörigkeit zu Europa bescheinigt und einen Beitritt wiederholt in Aussicht gestellt. Angesichts der türkischen Reformdynamik erscheint die Aufnahme der Verhandlungen gerechtfertigt – auch wenn die Türkei die finale Beitrittsreife noch nicht erlangt hat. Hätte sich die EU in letzter Minute anders entschieden, wäre ihre Glaubwürdigkeit in doppelter Hinsicht beschädigt worden. Zum einen in der Türkei selbst: Damit wäre die EU nicht länger in der Lage gewesen, positiven Transformationsdruck auf die Türkei auszuüben. Zum anderen wäre die internationale Glaubwürdigkeit der Union beschädigt worden. Die EU hätte sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Türkei schlechter zu behandeln als andere Kandidaten. Populisten in der islamischen Welt hätten behauptet, die EU lehne die Türkei aufgrund kultureller und religiöser Unterschiede ab.

Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist ein bedeutender Schritt, die Beratungen werden jedoch langwierig und komplex sein. Die EU-Regierungen haben sich darauf verständigt, dass der Abschluss der Verhandlungen eine Einigung über den EU-Finanzrahmen ab 2014 voraussetzt. Demnach können die Beitrittsverhandlungen frühestens 2013 abgeschlossen werden. Der Verhandlungsprozess wird aber auch durch andere Dinge erschwert. Neue Verhandlungsregeln sehen vor, dass die Beratungen zu den 35 Verhandlungskapiteln erst dann vorläufig abgeschlossen beziehungsweise aufgenommen werden können, wenn die Türkei bestimmte Benchmarks erfüllt. Damit soll sichergestellt werden, dass europäische Normen nicht nur in den türkischen Rechtsbestand überführt, sondern bereits in der Praxis umgesetzt werden. Weiter werden zunächst unvereinbare Verhandlungspositionen aufeinander prallen. Auch ist davon auszugehen, dass einige EU-Länder noch stärker auf die Verabschiedung von Übergangsfristen oder Ausnahmeregelungen hinwirken werden. Daraus ergibt sich, dass die Verhandlungen mindestens zehn bis 15 Jahre dauern werden. Doch auch ein erfolgreicher Verhandlungsabschluss beinhaltet keinen Erweiterungsautomatismus. Der Beitrittsvertrag müsste vom Europäischen Parlament gebilligt und von allen Mitgliedstaaten sowie der Türkei ratifiziert werden. In einigen EU-Ländern wird bereits über ein Türkei-Referendum diskutiert (Frankreich, Österreich). Die Ratifikation des Beitrittsvertrags könnte in letzter Minute an einem „Nein“ der Bevölkerung in einem oder mehreren EU-Staaten scheitern. Nicht auszuschließen ist auch ein Stimmungsumschwung in der Türkei. Gegenwärtig ist eine große Mehrheit für einen EU-Beitritt. Doch die Zahl der Kritiker wächst. Falls im Verhandlungsprozess neue Enttäuschungen geweckt werden und falls Ankara nicht bereit sein sollte, nationale Souveränitätsrechte in diffizilen Bereichen abzutreten, könnte die proeuropäische Stimmung kippen.

Insgesamt sollte die EU nicht nur auf den Beitritt Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens, sondern auch auf eine Mitgliedschaft der Türkei vorbereitet werden. Ist sie hierzu nicht in der Lage, wird sie nicht fähig sein, die Handlungsfähigkeit einer EU-25+ zu garantieren – egal ob die Türkei diesem großen Europa am Ende angehört oder nicht.

Der Autor ist Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik.



Führt der türkische Reformweg in die EU?
Premierminister Recep Tayyip Erdogan
(links) und EU-Kommissionspräsident
Jose' Manuel Barroso.

Foto: Europäische Kommission

EU in der Legitimationskrise

von Bettina Thalmaier

Das Scheitern der Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni 2005 stürzte die Europäische Union in eine schwere Krise. Der Grund dafür liegt in den Motiven für das „Nein“. Der eigentliche Gegenstand der Referenden, die Neuerungen des Verfassungsvertrages gegenüber dem Vertrag von Nizza, spielte kaum eine Rolle. Betrachtet man die europabezogenen Gründe für die Ablehnung, so zeigt sich, dass sich die Bürger gegen die derzeitige EU-Politik der europäischen Institutionen und der nationalen Regierungen ausgesprochen haben. Damit ist eine Krise zu Tage getreten, die anders als die aktuelle „Verfassungskrise“ bereits seit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht Anfang der 90er Jahre zu beobachten ist: die Legitimations- und Akzeptanzkrise der EU.



Die Franzosen sagten öfter „non“ als „oui“ zum EU-Verfassungsvertrag. Die Legitimationskrise der EU begann allerdings schon Anfang der 90er Jahre.

Foto: Europäische Kommission

Der Weg aus der „Verfassungskrise“ erscheint vergleichsweise leicht: Zwar ist es derzeit unwahrscheinlich, dass der Verfassungsvertrag in seiner jetzigen Form noch in Kraft treten wird. Denn selbst wenn die Franzosen und Niederländer noch zustimmen würden, ist insbesondere in Großbritannien kein positives Votum zu erwarten. Es besteht jedoch eine ganze Reihe von alternativen Plan B-Optionen. Bei der ebenfalls zu konstatierenden Legitimationskrise ist eine Lösung wesentlich schwieriger. Zwar haben die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel im Juni 2005 eine „Zeit der Reflexion“ ausgerufen. Bislang ist jedoch von dieser Debatte

nicht viel zu sehen. Ohne eine breite Diskussion über die Fragen „Wie weit?“, „Wie tief?“ und „Wie schnell?“ in den Mitgliedstaaten wird die Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses durch die Bevölkerung und damit die Legitimität europäischer Politik aber weiter schwinden. Auch die EU-Institutionen müssen in einen permanenten Dialog über Europa mit den Bürgern treten. Damit darf jedoch nicht wie bislang das bloße Produzieren von Hochglanzbroschüren und das Propagieren einer (angeblich) alternativlosen Europapolitik gemeint sein, welche die Bürger nachträglich „abzunicken“ haben. Vielmehr sollten bei jedem einzelnen Projekt der EU eine Kosten-Nutzen-Analyse aufgestellt und alternative Möglichkeiten erörtert werden. Dabei gilt es, ein differenziertes Bild von Europa zu vermitteln und auch kritische Punkte zu thematisieren.

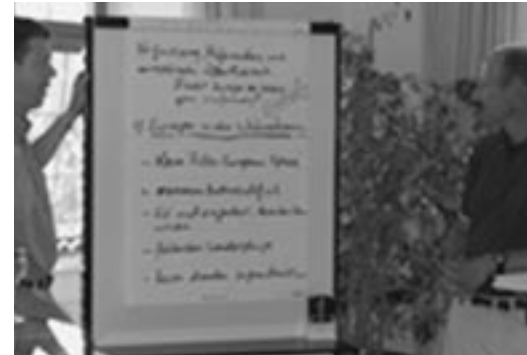
Vor allem sollten die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger an dem Entscheidungsprozess in der EU erhöht werden. Auch wenn überwiegend die Ansicht vertreten wird, die EU müsse sich nun vorrangig auf die Erhöhung ihres Output konzentrieren und sich mehr um die Inhalte ihrer Politik und weniger um ihre Strukturen kümmern, ist dies nicht ausreichend. Denn der zentrale Grund für die Europaskepsis der Bürger ist deren Einschätzung, dass „ihre Stimme nicht zählt“. Mit der Ausweitung der Partizipation der europäischen Bürger könnte ein entscheidender Mangel des derzeitigen EU-Systems angegangen werden: die fehlende Politisierung der EU. Die Union ist auf Konsens angelegt, was dazu führt, dass sie nur eine sehr begrenzte Aufmerksamkeit sowohl beim Bürger wie auch in den Medien genießt. Die allseits so vermisste europäische Öffentlichkeit wird sich nur dann entscheidend weiterentwickeln, wenn sich die „institutionelle Anreizstruktur“ ändern wird. Erst dann wird die EU zu dem, was in der europäischen Integration seit Beginn angelegt gewesen ist: ein wirklich politisches Projekt.

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik.

Sommerakademie: Führungselite in Klausur

Die gescheiterte Ratifikation des Europäischen Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden belegt einen fehlenden Grundkonsens über die weitere Entwicklung der EU. In welchen Politikfeldern droht der europäischen Integration Erosion und wo zeigen die EU-Partner Konsensfähigkeit? Die 42 von Mentoren aus Wirtschaft, Politik und Medien benannten Teilnehmer der SommerAkademie Europa 2005 gingen diesen Fragen in Kloster Seeon nach. Als Ergebnisse der Analyse des „Gesundheitszustandes“ der europäischen Integration des Jahres 2005 wurde festgehalten, dass kein Masterplan für die Zukunft der EU existiert.

Gleichzeitig machten die Mitgliedstaaten den Eindruck, dass ihre Integrationsfähigkeit ausgereizt sei. Dennoch gebe es eine Vielzahl „offener Baustellen“, aber für die Bewältigung dieser politischen Aufgaben mangle es an einer konkreten und gemeinsamen Vorstellung über die Finalität als Geschäftsgrundlage für die weitere Zusammenarbeit. Vielmehr spalte sich in den aktuellen Krisensituationen ein mutmaßliches europäisches Interesse in 25 nationale Interessenlagen auf. Trotz der großen Ernüchterung über die technische Debatte, wie die Entscheidungsfähigkeit der EU gesteigert werden könne, läge in der Reform der politischen Instrumente auch der Schlüssel für eine bessere Vermittlung der europäischen Integration an die Bürger. Weitere Informationen: <http://www.cap-lmu.de/projekte/bertelsmann/sommerakademie.php>.



Scharfe Analysen, klare Wortwahl: Die 42 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Medien nahmen sich aktuellen Problemen der Europäischen Union an.

Die Bayern und die Tschechen

Zweieinhalb Jahre lang untersuchte die Forschungsgruppe Deutschland des C•A•P in Kooperation mit dem Soziologischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften den bayerisch-böhmischen Grenzraum. Es ging dabei um die Frage, welches Bild die Regionen von sich selbst zeichnen, wie in diese Selbstverständnisse der „Andere“ jenseits der Grenze eingebettet ist. Mit der Auswertung regionaler Zeitungen und der Durchführung von mehr als 120 Interviews mit Bewohnern beiderseits der Grenze stellt das Projekt die bislang umfassendste Untersuchung zur mentalen wie konkreten Ausgestaltung der bayerisch-tschechischen Beziehungen dar. Ihre Ergebnisse diskutierte die Forschungsgruppe auf einer Konferenz in Furth im Wald mit mehr als 50 deutschen wie tschechischen Multiplikatoren des Grenzraumes. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, mit welchen Strategien dem Trend entgegenzuwirken ist, wonach sich trennende Vorurteile weiter verfestigen und sich ein neues Nebeneinander statt des gewünschten Miteinanders auszuprägen beginnt. Da regionale Identitäten jedoch nur langfristig zu verändern sind, bedarf es auch langfristiger Strategien, um eine Trendwende zu bewirken. Mehr Informationen unter www.cap-lmu.de/aktuell/events/2005/studenttag.php.

Internationales Flair

Im August fanden im Rahmen des Internationalen Münchener Sommers an der Ludwig-Maximilians-Universität auch Lehrveranstaltungen am C•A•P statt. An dieser internationalen Sommeruniversität, die vom Internationalen Universitätsclub München durchgeführt wurde, nahmen Studenten aus den USA, Kanada, der Türkei, Israel, Italien und der Schweiz teil. Die C•A•P-Mitarbeiter Franco Algeri und Michael Weigl unterrichteten zu den Themen Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Regionen in der EU.



Studenten aus unterschiedlichsten Ländern besuchten im Rahmen der internationalen Sommeruniversität auch das C•A•P.

Intensive Kontakte in die Golfregion

Die Bedeutung der Region des Persischen Golfes für die Europäische Union wächst. Die Schlüsselstellung Saudi-Arabiens an den Ölmärkten, das Atomprogramm des Iran oder die grassierende Anarchie im Irak betreffen direkt europäische Interessen. Auch die Aufmerksamkeit der Akteure in der Region – insbesondere aus den Staaten des Golfkooperationsrates – für die Potentiale und Schwierigkeiten des europäischen Einigungsprozesses wächst.



„Understanding the EU“: 30 hochrangige Vertreter aus Staaten der Golfregion lernten die vielfältigen Tätigkeiten der Europäischen Union näher kennen.

Aus diesem Grund hat das C·A·P mit seinem regionalen Partner, dem Gulf Research Center (GRC) in Dubai, ein völlig neues Instrument der Vermittlung von Europa-Wissen entwickelt und umgesetzt. In einer fünftägigen Akademie „Understanding the European Union“ Anfang September in Genval bei Brüssel wurde einer Gruppe von rund 30 Teilnehmern aus der Golf-Region mit politisch-administrativem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und militärischem Hintergrund eine umfassende Einführung in Institutionen, Politikbereiche und Entscheidungsprozesse der EU vermittelt. In zahlreichen Vorträgen und Diskussionsrunden wurden das Institutionensystem, die Rolle der EU als ökonomischer Akteur, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Politikansätze der EU in der Region des Nahen Ostens erörtert. Durch die Einbindung zahlreicher

praxiserfahrener Referenten sowie durch mit hochrangigen Briefings verbundene Besuche bei Kommission, Rat und NATO wurde die praktische Seite des „europäischen Alltags“ in den Mittelpunkt gestellt. Aufgrund des außerordentlichen Erfolges dieser innovativen Veranstaltung wird das C·A·P seine Arbeit im Bereich der Beziehungen Europas zur Golf-Region fortsetzen und intensivieren.

Kooperation zwischen München und Peking

Bereits seit 1999 besteht zwischen dem Center for European Studies der Renmin Universität in Peking und dem C·A·P eine Projektpartnerschaft. Diese wird nun durch ein weiteres gemeinsames Projekt im Rahmen des EU-China European Centers Programme vertieft. Über zwei Jahre hinweg werden aus chinesischer und europäischer Perspektive die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf das System der Union wie auch auf die internationalen Beziehungen untersucht. Hierbei sind nicht nur gemeinsame Konferenzen und Publikationen geplant.

Darüber hinaus soll ein intensiver Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden den Forschungsprozess begleiten. Außerdem soll eine aktualisierte chinesische Ausgabe des Standardwerks „Europa von A bis Z“ (herausgegeben von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels) erscheinen. Am C·A·P wird das Projekt von Franco Algieri geleitet, der schon seit mehreren Jahren Gastprofessor an der Renmin Universität und Fellow am dortigen Center for European Studies ist.



Zukunftsvisionen 2020

Wie könnte Europa im Jahr 2020 aussehen? Antworten für unterschiedliche Lebensbereiche erarbeiteten 130 Jugendliche aus zehn europäischen Ländern im Rahmen des diesjährigen Europäischen Jugendcamps des Auswärtigen Amtes und der Vertretung der Europäischen Kommission „RADIO EUROPA 2020 – Zukunft machen“ vom 18. bis 22. September in Berlin. Jugendliche sollten dabei zu einem konstruktiven Dialog über die Zukunft der europäischen Integration angeregt werden. In seinem Impulsvortrag skizzierte der EP-Abgeordnete Elmar Brok (CDU) die aktuellen Herausforderungen, die gerade an jungen Menschen nicht vorbei gehen sollten. Bereits im Vorfeld hatten sich rund 300 Jugendliche in der Online-Werkstatt mit 61 Beiträgen eingebracht. Die von den Jugendlichen entwickelten Szenarien wurden dann in einem Radioprogramm zusammengefasst, das mit europapolitischen Akteuren wie mit Staatssekretär Peter Ruhenstroth-Bauer (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) oder mit Abgeordneten des Europaparlaments diskutiert wurde. Alle Beiträge des Projekts, das die Forschungsgruppe Jugend und Europa zusammen mit dem Institut für prospektive Analysen e.V. und dem Kinder- und Jugendfreizeitzentrum FEZ-Berlin durchführte, sind im Internet unter www.radio-europa-2020.de abrufbar.



Was ist für Europa im Jahr 2020 entscheidend? Peter Ruhenstroth-Bauer (Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Norbert Glante (MdEP), Ulrich Klöckner (Auswärtiges Amt), Harald Händel (Vertreter der EU-Kommission in Deutschland) und Alexander Graf Lambsdorff (MdEP) diskutierten Zukunftsentwürfe.

Erfolgreiche Schulungen

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) exportiert ihr Know-How: Im Auftrag der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung, unterstützt durch die International Renaissance Foundation, wurden rund 100 junge Teamer der politischen Bildung in der Ukraine nach dem Modell der peer group education des Juniorteam Europa der FGJE ausgebildet. Sie besuchten Planspiel- und Europakompetenzseminare, das Planspiel „Europa der Zukunft - Die Europäische Union vor der nächsten Erweiterung“ wurde ins Ukrainische übersetzt. Zudem richtete das Juniorteam Europa im Auftrag von „Jugend für Europa – Deutsche Agentur JUGEND“ eine weitere Teamerschulung für 80 junge Menschen des Europäischen Freiwilligen Dienstes „EuroPeers“ in Deutschland aus. Diese konnten sich durch die Workshops auf ihren Einsatz während der European Youth Action Week vom 5. bis 11. Dezember 2005 gezielt inhaltlich und methodisch vorbereiten. Weitere Infos unter www.youthactionweek.de

Eine Planspieldatenbank entsteht

Planspiele und Simulationen werden für die politische Bildung immer wichtiger. Aus diesem Grund wurde die Forschungsgruppe Jugend und Europa von der Bundeszentrale für politische Bildung damit beauftragt, ein umfassendes Internetportal zu diesem Thema zu erstellen. Mit Hilfe einer Datenbank soll das Portal einen ersten Überblick über verfügbare Planspiele ermöglichen. Weiter werden gezielte Informationen und fachkundige Hilfestellungen bereitgestellt, was bestehende Hemmschwellen bei Multiplikatoren senken und somit zum verstärkten Einsatz von Planspielen als interaktive Methode der politischen Bildung führen soll. Ziel ist es dabei, potenziell Interessierten zu helfen, sich für ein geeignetes Planspiel zu entscheiden und dieses selbstständig oder mit Unterstützung von Planspielprofis durchzuführen. Das Planspielportal wird voraussichtlich im April 2006 online geschaltet werden. Aktuelle Informationen sind im Internet unter www.fgje.de abrufbar.



Spielend lernen, wie Europa funktioniert: Planspiele werden in der politischen Bildung immer wichtiger.

Gäste und Gespräche am C•A•P



Prof. Werner Weidenfeld referierte vor amerikanischen Europa-Experten die Lösungsvorschläge des C•A•P für die europäische Verfassungskrise. Im Rahmen seines USA-Aufenthalts traf Weidenfeld mit dem deutschen Botschafter Wolfgang Ischinger, dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger, dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Senator Robert Bennett (von l. n. r.) zusammen.



In New-Delhi hielt Prof. Werner Weidenfeld auf einem von der Bertelsmann Stiftung und der Rajiv Ghandi Foundation veranstalteten Kulturkongress die Eröffnungsrede. Weidenfeld und die stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Bertelsmann-Stiftung, Liz Mohn (links) sprachen mit der Vorsitzenden der Kongresspartei, Sonia Ghandi (Mitte).

Neuer C•A•P-Scholar

Einer der Mitbegründer der so genannten Venusberggruppe, Dr. Julian Lindley-French, wird in Zukunft einige der folgenden Fragen als neuer Senior



Scholar des Centrum für angewandte Politikforschung aufgreifen: Wie steht es um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU? Wie zivil ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Wie lassen sich die transatlantischen Beziehungen verbessern?

Dies alles sind aktuelle und brisante Forschungsfragen und das C•A•P freut sich, in Zukunft auf die exzellente Expertise seines neuen Senior Scholar zurückgreifen zu können.



Wahlkampfprofi: Matthias Machnig (links), Staatssekretär und ehemaliger SPD-Bundesgeschäftsführer, analysierte im Rahmen des C•A•P-Forschungskolloquiums die Ergebnisse der Bundestagswahl am 18. September 2005. Besonderes Augenmerk legte Machnig dabei auf die Wahlkampfstrategien der Parteien.



Prof. Zhaorong Mei, ehemaliger chinesischer Botschafter in Deutschland (hier in der Bildmitte mit C•A•P-Geschäftsführer Jürgen Turek, links, und C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld) diskutierte die chinesisch-europäischen Beziehungen.

Gäste und Gespräche am C•A•P



Der neue US-Botschafter Bill Timken erläuterte im Rahmen eines Informationsaustauschs am C•A•P die Agenda seiner Zeit als Vertreter der amerikanischen Regierung in Deutschland. In der Diskussion wurden die deutsch-amerikanischen bzw. die europäisch-amerikanischen Beziehungen thematisiert.



Experte für amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik: Professor Robert J. Lieber von der Georgetown University sprach bei seinem Besuch am C•A•P über die transatlantischen Beziehungen.



Ehrengast: MdEP Elmar Brok (links) hielt beim Europäischen Jugendcamp ein Impulsreferat.

Fachmann für die Region um das Schwarze Meer: Dr. Jörg Himmelreich (rechts), Senior Fellow beim German Marshall Fund und ehemaliges Mitglied des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, erläuterte strategische Herausforderungen für Europa.



Die Bundestagswahlen am 18. September 2005 hat C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld für die japanische Presseagentur Jiji Press umfangreich analysiert. Am 8. Oktober 2005 referierte er vor dem Auditorium des Club of Three zum Thema „Europe's Governance after the Referendum“. Am 29. Oktober referierte Weidenfeld an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom zum Thema „Die EU und die Türkei“. Ferner ist Prof. Weidenfeld erneut in das Präsidium des Arbeitskreises Europäische Integration gewählt worden und wurde in den Aufsichtsrat der SHL TeleMedicine Ltd berufen.

Dr. Manuela Glaab, Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland am C•A•P, hat im Wintersemester 2005/2006 eine Vertretungsprofessur an der Universität Duisburg-Essen angetreten.

Dr. Stefan Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE), wurde in den Beirat des ELOS Netzwerk/ Schulen ans Netz berufen.

Susanne Ulrich (Foto), Leiterin der Akademie Führung & Kompetenz, führte im September zwei „Achtung (+) Toleranz“-Seminare in Jekaterinenburg durch. Im Rahmen des Projekts „Mechanismen der Zusammenarbeit zur Verstärkung von Toleranz in der Region Swerdlowsk“ wurden im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) die wichtigsten Elemente des Toleranzkonzeptes vorgestellt.

Neue Gesichter am C•A•P: Dr. Jörg Ramel verstärkt die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Gabriele Rösing ist seit 1. November wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie Führung & Kompetenz. Oliver Lah unterstützt die FGJE in den Bereichen E-Learning und Neue Medien, Alina Fuchs ist mit der Planspielentwicklung für den Bayerischen Landtag beauftragt.





WERNER WEIDENFELD/WOLFGANG WESSELS (HRSG.):
Europa von A bis Z - Taschenbuch der europäischen Integration. Baden-Baden 2005, ISBN 3-8329-1378-5, 500 Seiten, 19,90 Euro

Europa von A bis Z

In Europa überschlagen sich die Ereignisse. Da ist es wichtig, den Überblick zu behalten. Das „Europa von A bis Z“ ist dabei der perfekte Wegweiser durch das aktuelle Europa. Das eingeführte Taschenbuch wendet sich an alle, die gezielt schnelle, umfassende und präzise Informationen über die europäische Einigung suchen. Die neunte, vollständig aktualisierte Auflage des unentbehrlichen Lehr- und Nachschlagewerks für alle Europa-Interessierten informiert über die Grundzüge der europäischen Einigung, das politische System der EU und führt kritisch in die gegenwärtigen Entwicklungen und zukünftigen Herausforderungen ein. Prof. Werner Weidenfeld bilanziert in einem historischen Überblick die Etappen der Europäischen Einigung. Renommiertere Autoren erläutern in über 70 Sachbeiträgen kurz und verständlich die Kernthemen Europas. Ein umfangreiches Glossar, Statistiken und Übersichten zum Europa der 25, eine Chronologie sowie eine umfangreiche Linksammlung ergänzen den Band.



STEFAN RAPPENGLÜCK:
Europäische Komplexität verstehen lernen. Schwalbach. 2005, ISBN 3-89974158-76, 249 Seiten, 29,80 Euro

Europäische Komplexität verstehen

Die Dynamik der europäischen Einigung ist nicht nur in den vielfältigen politischen und kommunikativen Prozessen sichtbar. Dennoch lohnt sich eine gesonderte Betrachtung der Wahrnehmung europäischer Politik seitens aktueller Bildungs- und Weiterbildungsaktivitäten. Die Reflexion über eine Didaktik zur Vermittlung Europas ist dringlicher und aktueller denn je. Den Kern der Untersuchung bildet die Darstellung und Analyse europabezogener Planspiele. Denn spielerisches Handeln eignet sich sehr gut zur Vermittlung politischer Zusammenhänge. Auf der Basis lerntheoretischer und systemtheoretischer Ansätze sowie einer umfangreichen Befragung von jungen Erwachsenen im Rahmen von bundesweit durchgeführten Simulationen wird analysiert, ob der spielerische Ansatz der Planspielmethode das gerade für junge Menschen komplexe und unübersichtliche Themenfeld „Europa“ den Bürgerinnen und Bürgern transparenter machen kann.



FLORIAN NEUHANN:
Im Schatten der Integration. OLAF und die Bekämpfung von Korruption in der EU. Baden-Baden 2005, ISBN 3-8329-1479-X, 200 Seiten, 34 Euro

Im Schatten der Integration

Von Europaskeptikern wird die Europäische Union gern als ein bürgerfernes Gebilde bezeichnet. Spätestens seit der Krise um Vetternwirtschaft und Betrug, die 1999 zum Rücktritt der Kommission von Jacques Santer führte, hat sich das Image von korrupten Elementen in der Union in den Köpfen der Bürger festgesetzt. Ein solches Bild gefährdet die Akzeptanz der EU – und damit die Zukunft der Europäischen Integration an sich. Trotz dieser Entwicklung stand die europäische Korruptions- und Betrugsbekämpfung bislang „im Schatten der Integration“. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive analysiert Florian Neuhann im Band 12 der „Münchner Beiträge zur europäischen Einigung“ (Hrsg. Werner Weidenfeld) die strukturellen Ursachen von Korruption und Betrug in der Europäischen Union. Dabei beschäftigt sich der Autor eingehend mit den Kompetenzen und Pflichten des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und untersucht die Effektivität der 1999 eingerichteten Behörde. Zugleich zeigt er Wege zur Verbesserung der europäischen Korruptions- und Betrugsbekämpfung auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union auf.

Jahrbuch der Europäischen Integration

Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005“ dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist so in 25 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. In diesem Jubiläumsjahr markiert das aktuelle Jahrbuch einen doppelten Höhepunkt: Die Europäische Union hat mit dem Beitritt der zehn neuen Mitglieder die größte Erweiterung ihrer Geschichte vollzogen, gleichzeitig riss die Ratifizierungskrise der Europäischen Verfassung die Europapolitik aus ihrer neu gewonnenen Selbstverständlichkeit. In über 70 Beiträgen zeichnen die Autorinnen und Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2004/2005 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.



WERNER WEIDENFELD/WOLFGANG WESSELS (HRSG.):
Jahrbuch der Europäischen Integration 2005.
 Baden-Baden 2005, ISBN 3-8329-1751-9, 540 Seiten, 49 Euro

Die Europäische Verfassung verstehen

Am 29. Oktober 2004 wurde die EU-Verfassung unterzeichnet. Die Bündelung der Verträge in einem einzigen Text, die Reform der Institutionen und Entscheidungsverfahren, die rechtsverbindliche Verankerung von Grundrechten sowie mehr Mitspracherechte für das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und für die Bürger sind nur einige Eckpunkte. Die Verfassung war aber trotz allem von Anfang an mit einem schweren Webfehler behaftet: Sie ist umfangreich, kompliziert, für Laien in weiten Teilen unverständlich. Nach den gescheiterten Referenden haben die Staats- und Regierungschefs den Ratifizierungsprozess im Juni 2005 ausgesetzt und sich eine einjährige „Denkpause“ verordnet, um in einem öffentlichen Dialog mit den Bürgern die Verfassung zu diskutieren. Dieses Buch soll den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Inhalte der EU-Verfassung zu verstehen. Es beleuchtet den Entstehungsprozess sowie die neuen Bestimmungen zu den Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU. Eine Vielzahl von Schaubildern illustriert Aufbau und Inhalte der EU-Verfassung, die „Verfassung von A-Z“ im Anhang ermöglicht einen schnellen Zugriff auf die wichtigsten Schlagworte.



WERNER WEIDENFELD:
Die Europäische Verfassung verstehen.
 Gütersloh 2006, ISBN 3-89204-876-2

Europäische Verteidigungspolitik

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hat in den letzten Jahren erheblich an Dynamik gewonnen. Welche Rolle der „deutsch-französische Motor“ in der Entwicklung der ESVP spielt, ist Gegenstand dieses 13. Bandes der „Münchner Beiträge zur europäischen Einigung“ (Hrsg. Werner Weidenfeld). Die Autorin bedient sich dabei keineswegs der üblichen Stereotype zu den deutsch-französischen Beziehungen. Sie unternimmt im Gegenteil den längst überfälligen Versuch, gängige Meinungen zur Wirkungsweise der deutsch-französischen Zusammenarbeit einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Anhand eines regimetheoretischen Analyserasters und hochrangiger Experteninterviews entwickelt sie aussagekräftige Hypothesen und leitet daraus schlüssige Prognosen für die künftige Rolle des „deutsch-französischen Motors“ ab. Simone Weske kommt zu dem Schluss, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit zwar mehr als nur ein Mythos sei, ob diese jedoch auch hinreichende Bedingung für die Entwicklung der ESVP sein wird, beurteilt sie skeptisch.



SIMONE WESKE:
Deutschland und Frankreich: Motor einer europäischen Verteidigungspolitik?
 Baden-Baden 2006, ISBN 3-8329-1480-3, 250 Seiten, 39 Euro

12. - 14. Januar in Weimar: Die Akademie Führung und Kompetenz lädt in Kooperation mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar zur Jahrestagung für Trainer im Rahmen der demokratiepädagogischen Werkstatt ein. Trainer in der Demokratie- und Toleranzerziehung haben Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und neue Übungen kennenzulernen. Ferner werden auf der Tagung aktuelle Projekte der Akademie vorgestellt. Weitere Informationen bei: Susanne Ulrich, Tel.: 089/2180-1335, E-Mail: info@cap-akademie.de.

6./7. April in Kloster Seon:
2. Netzwerktreffen der Sommerakademie Europa.

C•A•PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@rz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de
Vi.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
Roman Maruhn, Sebastian B. Beck
Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,
80798 München

Gemeinsam mit seinen Partnern hat das C•A•P 2005 wieder Vieles erreicht. Dies wünschen wir uns auch für das kommende Jahr. Für heute bleibt, allen Partnern für Ihre freundliche Kooperation, tatkräftige Hilfe und gute Mitarbeit recht herzlich zu danken. In diesem Sinne wünscht das C•A•P Ihnen allen ein gutes neues Jahr.

Krisenmanagement

von Dr. Manuela Glaab

Regierungswechsel sind das Lebenselixier demokratischer Regierungssysteme. In der Bundesrepublik Deutschland allerdings hatte man sich über Jahrzehnte an die vermeintliche Normalität langer, stabiler Regierungsperioden gewöhnt. Nach 16 Jahren wurde die Regierung Kohl/Genscher 1998 durch den rot-grünen Wahlsieg abgelöst. Dies signalisierte in mindestens zweierlei Hinsicht einen Neuanfang: Erstmals wurde eine Regierung komplett abgewählt und nicht lediglich durch den Wechsel eines Koalitionspartners neu gebildet. Zudem war mit der Erneuerung des politischen Personals ein Generationswechsel verbunden, mit dem ein neuer Regierungsstil in Deutschland Einzug hielt.

Nicht einmal sieben Jahre später signalisierte die Ankündigung der Vertrauensfrage durch Bundeskanzler Schröder, dass sich die rot-grüne Koalition erschöpft hatte. Nach einer Serie von Wahlniederlagen der SPD auf Landesebene stellte die vorgezogene Bundestagswahl ein hohes politisches Risiko dar. Im Frühsommer schien ein Erdrutschsieg von CDU/CSU in greifbarer Nähe. Im Verlauf des Wahlkampfes wollte dennoch keine Wechselstimmung aufkommen. Am Wahltag bestätigte sich schließlich der Trend, wonach die Wahlentscheidung zunehmend von situativen Faktoren bestimmt wird. Die Union musste bundesweit beträchtliche Verluste in ähnlicher Größenordnung wie die SPD hinnehmen. Die Grünen hielten sich stabil, ohne die Mehrheit für eine Fortsetzung des rot-grünen Projekts beschaffen zu können. Der Überraschungssieger des Wahlabends war die FDP. Die Liberalen profitierten von taktischem Wahlverhalten – allerdings zu Lasten von CDU/CSU. Dass weder das bürgerliche noch das rot-grüne Lager über eine Kanzlermehrheit verfügt, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass auch die Linke.PDS in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen konnte. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik blieb nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses völlig offen, wie eine Regierungsmehrheit aussehen könnte. Ungewohnt unübersichtlich stellte sich die Koalitionsarithmetik dar. Neue Konstellationen wurden diskutiert und wieder verworfen – weil sie den eigenen Reihen kurzfristig nicht zu vermitteln waren (Jamaika-Koalition oder Ampel) oder von vornherein ausgeschlossen wurden (rot-rot-grün). Abgesehen von der Bildung einer Minderheitsregierung oder abermaligen Neuwahlen blieb nur eine Option übrig: die Große Koalition. Diese kann anknüpfen an Erfahrungen auf Bundes- wie auch Landesebene. Vorläufig kann sie auch auf die Zustimmung der stabilitätsorientierten Bevölkerungsmehrheit rechnen. Vom „Zauber des Neuanfangs“ ist bei diesem Regierungswechsel allerdings wenig zu spüren. Schon die mühsamen Koalitionsverhandlungen zeigten, dass es eher darum geht, für eine Übergangszeit das Krisenmanagement zu organisieren. Politische Opfer waren sowohl auf der sachpolitischen wie auch der personalpolitischen Ebene auf beiden Seiten bereits zu verzeichnen. Der Rückzug der Parteigranden Stoiber (aus dem Kabinett) und Müntefering (vom Amt des Parteivorsitzenden) muss aber nicht notwendigerweise eine Schwächung der Großen Koalition bedeuten. Diese wird eng zusammenrücken und eine „Schicksalsgemeinschaft auf Zeit“ eingehen müssen. Eine Kanzlerin Merkel steht unter dem Erwartungsdruck, die drängenden Probleme des Landes zu lösen – zumindest muss sie Vertrauen erzeugen, dass die Politik mit vereinten Kräften Lösungswege erschließt. Die Vertrauenserosion in Deutschland ist längst so weit fortgeschritten, dass ihr kaum eine Schonzeit eingeräumt wird: Der Wähler sanktioniert Leistung und Versagen, mit ungewissem Ausgang.

Die Autorin leitet die Forschungsgruppe Deutschland am C•A•P.